

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.2.1928 (No. 50)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. A.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Aussprache im Sicherheitskomitee

Eine neue deutsche Denkschrift

Das Sicherheitskomitee hat Montag nachmittag in Genf die Aussprache über die Schlussfolgerungen des Berichtes von Politis über die Sicherheitsfrage beendet. Auf eine Rede des rumänischen Vertreters, der besonderen Wert auf die Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung legte, erwiderte der deutsche Delegierte Simon, daß er den Pessimismus des rumänischen Vertreters für unberechtigt halte. Die durch den Völkerbundspakt gewährleistete Sicherheit könne sehr wohl noch anders als lediglich durch Regionalpakte erhöht werden. Eine interessante Wendung erhielt die Aussprache noch durch die Ablehnung der Einrichtung entmilitarizierter Zonen durch den italienischen General de Marinis. Diese Zonen dürften weder verlangt noch empfohlen werden. Paul-Boncour sowie die Vertreter Finnlands und Kanadas traten dagegen grundsätzlich für die Einrichtung entmilitarizierter Zonen ein.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß, nachdem sich die englische Delegation mit einer weiteren Denkschrift an das Sicherheitskomitee gewandt hat, auch von deutscher Seite eine zweite Denkschrift vorgelegt werden wird. Man darf annehmen, daß in diesem Falle einmal der deutsche Vorbehalt, wonach der Abschluß von regionalen Sicherheitsverträgen nur nach vollständiger Klärung aller zwischen den in Frage kommenden Staaten stehenden Streitfragen möglich ist, genau formuliert worden ist und daß andererseits auf die Zweckmäßigkeit der deutschen Vorschläge zur Gewährleistung bzw. Wiederherstellung des militärischen status quo hingewiesen werden würde. Deutschland ist selbstverständlich jederzeit bereit, die von ihm vorgeschlagenen Verpflichtungen zur Durchführung einstweiliger Verfügungen des Rates gegenüber solchen Staaten einzugehen, die die gleiche Verpflichtung übernehmen würden.

Französische Stimmen zu der Hagenauer Wahl

W.V. Paris, 28. Febr. (Tel.) Zu den Munizipalwahlen in Hagenau schreibt „Le Nouvelliste“: Bürgermeister Weiß, derselbe Mann, der noch vor wenigen Monaten die französischen Farben verachtete und bezüglich der autonomen politischen Parteien seinen Mitarbeitern Kappi und Abbé Cromer folgte, hat ein Lokalitätstelegramm an Boninard gerichtet! Ist es auch richtig? Der Umschwung im Lager der elsässischen Meritaleen seit dem Kolmarer Prozeß kommt so häufig vor, daß uns nichts mehr in Erstaunen versetzt. Wenn dieser Umschwung aufrichtig ist, dann hat der Autonomismus am letzten Sonntag in Hagenau eine Niederlage erlitten.

Der „Figaro“ schreibt: Der Erfolg der Liste der nationalen Eintracht, bestehend aus Katholiken, Radikalen und Sozialisten, wäre um so mehr zu wünschen gewesen, als die Kommunisten, die Komplizen der Autonomisten, den ausschließlichen Bürgermeister und seine Anhänger unterstützten. Man kann sich also zu dem Ergebnis nicht beglückwünschen. Nach dem „Matin“ soll man übrigens gestern im Kabinett des Ministerpräsidenten erklärt haben, daß nach Eingang des Lokalitätstelegramms des Bürgermeisters Weiß, desselben, der wegen der Fahnenangelegenheit gemahnt wurde, man die früheren Ereignisse als Handlungen lokaler Natur betrachte und den Zwischenfall mit den Fahnen nunmehr als beendet ansehe.

Bandenunwesen an der russisch-polnischen Grenze

W.V. Luf (Wolhynien), 28. Febr. (Tel.) Am 25. d. M. überfiel eine Bande nach Überschreiten der russisch-polnischen Grenze eine Försterei auf polnischem Boden. Die Verfolgung verlief ohne Ergebnis. Die Bande hat sich wahrscheinlich hinter die Grenze zurückgezogen. Sie stand unter Führung der Bandenführer Boganiuk und Szapowal, die schon im Jahre 1922 diese Gebiete heimgesucht hatten.

„Los Angeles“ am Panamakanal angekommen

W.V. Francefield (Panama), 27. Febr. (Tel.) Das Zeppelin-Luftschiff „Los Angeles“ ist heute abend 9.35 Uhr hier angekommen. In Washingtoner Regierungskreisen betrachtet man den ohne Zwischenlandung durchgeführten Flug von New York bis zum Panamakanal als einen offenkundigen Beweis dafür, daß Luftschiffe dieses Typs für Flüge mit weiten Entfernungen geeignet sind. Die „Los Angeles“ hat die Strecke von 2265 Meilen in 39 Stunden 45 Minuten zurückgelegt. Der Flug ist der größte Fernflug des Luftschiffes seit seiner Fahrt von Deutschland nach Amerika. Der Vertreter der Goodyear Zeppelin Company empfahl dem Kongreßhaushalt den Bau von zwei Luftschiffen, die im Frieden als Handelstransportmittel sowohl für kontinentale als auch für transatlantische Flüge verwendet werden könnten. Der Bau von zwei Luftschiffen würde acht Millionen Dollar kosten, der Bau nur eines Luftschiffes 5 1/2 Millionen Dollar.

Jungdo und Schwarzrotgold. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hätte die Republikanische Verschwörungsstelle dem Jungdo-Orden die Frage vorgelegt, wie sich der Orden dazu stelle, daß in Westdeutschland drei seiner Mitglieder die Reichsflagge heruntergerissen haben. Darauf hat namens des Ordens der Pressewart August Abel folgende Antwort erteilt: „Der Orden mißbilligt scharf ein solches Verhalten. Der Jungdo-Orden respektiert die schwarzrotgoldene Reichsflagge.“

Eine neue Note Amerikas an Frankreich. Staatssekretär Kellogg überreichte dem französischen Botschafter in Washington, Claudel, eine neue Note über die Frage des geplanten Vertrages zur Abklärung des Krieges.

Letzte Nachrichten

Die politisch-parlamentarische Lage

M. Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel.) Die politische Lage wird seit der gestrigen Debatte überall als sehr ernst beurteilt. Schon die gestrige Rede des Herrn von Guérard zeigte gewisse Unstimmigkeiten, die sich nicht nur auf das Notprogramm selber beziehen. Seine Bemerkungen gegen geplante Neueinstellungen und Höherbeförderungen von Beamten waren eine deutliche Wendung gegen den Reichsinnenminister von Neubell, der die Absicht haben soll, noch einige Parteifreunde in seinem Ressort unterzubringen. Auch sonst ließ die gestrige Aussprache keinen Zweifel über die gewaltigen Schwierigkeiten, die noch bestehen. Die Abänderungsanträge zu den Öffnungsmassnahmen für die Landwirtschaft werden nicht nur von der Opposition kommen, wo sie sich besonders scharf gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents richten, sondern wie im Reichstag mit aller Bestimmtheit verlannt, auch vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, die besondere Rücksichten auf die Kleinbauern nehmen müssen.

Erschwerend wirkt noch eine Absicht des Reichsfinanzministers, eine Reform der Zigarettensteuer zu erledigen. Sachlich ist sie verständlich, denn die gestundeten Steuern betragen sich auf 600 Millionen Mark, worauf auch schon der Generalagent für die Reparationszahlungen kritisch hingewiesen hat. Eine solche Reform läßt sich aber kaum noch ermöglichen. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen kämpfen für diesen Fall an, daß sie dann auch eine Änderung des Kapitalertragsteuergesetzes fordern. Unter diesen Umständen wird man den herrschenden Pessimismus als berechtigt bezeichnen müssen und zweifeln, ob es gelingt, das Haus noch bis Ende März zusammenzuhalten.

Deutschland und die Genfer Ratstagung

M. Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel.) Staatssekretär von Schubert, der heute abend nach Genf abreist, hält heute nachmittag im Kabinett Vortrag über Genf und die für dort bestehenden Absichten der deutschen Politik.

Zum Werkzeugmacherstreik in Berlin

Fr. Berlin, 28. Febr. (Tel.) Bis zur Stunde streikten, wie die „B. Z.“ berichtet, die Werkzeugmacher in den fünf Berliner Großbetrieben: Siemens, Lorenz, Mitz und Genest, Deutsche Telephonwerke und Bergmann. Einigungsverhandlungen sind von keiner der beiden Parteien beabsichtigt, und der Schlichter kann nicht eingreifen, weil ein Tarif für die in Betracht kommenden Arbeiter nicht besteht. Infolge des Streikes wird es, nach Erklärungen, die dem Blatte von Arbeitgeberseite gemacht werden, nicht möglich sein, die übrigen Metallarbeiter und Arbeiterinnen bis über den Freitag hinaus zu beschäftigen. Mit dem Fehlen der Vorarbeit soll deshalb ganz automatisch die Schließung der Betriebe eintreten. In den genannten fünf Betrieben sind etwa 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die mit Ablauf dieser Woche entlassen werden würden.

Italienisch-französische Wirtschaftsverhandlungen

M. Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel.) In Paris dürften in den nächsten Tagen die Verhandlungen über den italienischen Handelsvertrag beginnen.

Das Langerabkommen

M. Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, wurde dort gestern der spanische Botschafter von Briand empfangen, wobei über die bevorstehende Unterzeichnung des Langerabkommens gesprochen worden ist. Der französische Staatssekretär Bertelot, der mit Briand nach Genf fährt, wird auf jeden Fall die Unterzeichnung vor dem 4. März vornehmen.

Verhaftung von Kommunisten in Polen

W.V. Warschau, 28. Febr. (Tel.) In Lodz wurde von der polnischen Polizei eine Kommunistenzentrale ausgehoben. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt.

Zusammenstöße in Tokio

W.V. Tokio, 28. Febr. (Tel.) Als die Polizei gestern abend mehreren Personen verbot, in einer Versammlung der Arbeiterpartei zu reden und die Türen des Saales schloß, in dem die Versammlung stattfand, so daß Hunderte von Leuten draußen bleiben mußten, geriet die Menge in Mut und bewarf die Polizeibeamten mit Steinen. Erst nach dem Eintreffen von Verstärkungen gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen, die mehrere Beamte, darunter zwei Offiziere, verletzte. Etwa 100 Personen wurden verhaftet.

* Die Reichsregierung vor dem Reichstag

Das Reichskabinett hat sich noch rechtzeitig bis zum Montag über die vom Vizekanzler Hergt abzugebende Regierungserklärung geeinigt. Und der Reichstag hat gestern diese Erklärung entgegengenommen. Sie besagt nichts Neues. Und das war ja auch zu erwarten. Denn nach Lage der Dinge mußte in der Erklärung alles vermieden werden, was nur irgendwie beunruhigend wirken konnte.

An sich besteht zweifellos bei sämtlichen verantwortungsbewußten Parteien des Reichstags der ernste Wille, das Notprogramm rechtzeitig zu verabschieden. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß dieses Notprogramm einschließlich des Etats Bestimmungen und Posten enthält, die eine gründliche, sachliche Prüfung erfordern. Und nur zu leicht kann es geschehen, daß die eine oder andere Partei nach sorgsamster Überlegung zu dem Entschlusse gelang, diesen oder jenen Posten abzulehnen oder forrgieren zu müssen. Das Reichskabinett steht auf dem Standpunkt, daß das Notprogramm ein geschlossenes Ganzes bildet, und daß die Ablehnung eines Teils die Ablehnung des gesamten Programms in sich schließen würde.

Man wird diesen Standpunkt des Reichskabinetts verstehen können. Gibt es bei einem jeden Punkt des Notprogramms uferlose Debatten, Abänderungsanträge usw., so kann man die parlamentarischen Arbeiten bis zum 31. März gewiß nicht abschließen. Andererseits wird niemand verkennen, daß die Verbindung der einzelnen Vorlagen zu einem untrennbaren Ganzen auch ihre Nachteile hat. Es wird durch ein sehr erheblicher Zwang ausgeübt, und namentlich die Opposition wird sich diesem Zwang nicht gänzlich unterwerfen wollen. Fraglich ist aber auch, ob die bisherigen Regierungsparteien vollkommen einig unter sich bleiben werden. Die Einmütigkeit des Kabinetts braucht noch lange nicht die erwartete en-bloc-Einigigkeit der bisherigen Regierungsparteien nach sich zu ziehen.

Was die Opposition betrifft, so hat der Redner der Sozialdemokratie gestern bereits erklärt, daß man das Programm der Regierung in allen seinen Teilen gründlich prüfen werde, daß aber jedenfalls die Herabsetzung des Einfuhrkontingents vom Gefrierfleisch von 120 000 auf 50 000 Tonnen für die Sozialdemokratie unannehmbar sei. Gleichzeitig hat der sozialdemokratische Sprecher die Reichsregierung gewarnt, gewisse Dinge einfach durch Verordnung zu regeln.

Noch bedeutamer aber war ein anderer Vorgang in der gestrigen Reichstagsitzung. Vizekanzler Hergt hatte in seiner Erklärung betont, daß durch das Scheitern des Schulgesetzes und die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Reichskabinetts nicht beeinträchtigt sei, und daß kein geschäftsführendes Kabinett, sondern nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung zum Reichstag spreche. Diese Worte sind von einem Teil des Hauses mit Gelächter aufgenommen worden. Wie wenig die Ansicht des Herrn Hergt aber den Tatsachen entspricht, bewies dann am besten die Rede des Zentrumsführers von Guérard, also die Rede einer Partei, deren Vertreter selbst im Kabinett sitzen.

Herr von Guérard stellt gegenüber den Worten des Vizekanzlers folgendes fest: Dadurch, daß eine der früheren Regierungsparteien (die Deutsche Volkspartei) die Koalition gelöst habe, eine Koalition, welche doch die Regierung gebildet hat, und auf welche sich die Regierung stützt, dadurch sei auch die Stellung dieser Regierung parlamentarisch und politisch eine andere geworden, dem Wortlaut nach sei gewiß die Reichsregierung keine geschäftsführende, aber der Sache nach doch, zumal sieben Parteien, also auch Parteien der Opposition, sich dahin geeinigt hätten, daß nur noch eine Reihe dringender Geschäfte zu erledigen sind. Es sei auch nicht richtig, daß diese Erledigung des Programms in der Weise zu erfolgen habe, daß sich die Reichsregierung einfach auf die bisherigen Regierungsparteien stützt. Das entspreche nicht den Vorgängen der letzten Zeit. Nach den beiden Reden, die man soeben gehört habe — es hatten vor Herrn von Guérard der Sozialdemokrat und der Deutschnationale gesprochen — sei im Zentrum die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gewachsen.

Es sei übrigens bezeichnend, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung mehr hat, mit

Zustimmung von sieben Parteien des Reichstags Aufgaben von solcher Tragweite lösen solle. Da könne man gewiß nicht von einem Bankrott des Parlamentes sprechen, sondern der Reichstag habe hier ein starkes Verantwortungsbewußtsein bewiesen.

Diese Erklärungen des Herrn von Guérard sind sehr wichtig. Sie zeigen von neuem, wie schwierig die ganze Situation ist. Auch seine Partei ist bereit, sich äußerste Beschränkung in der Diskussion und in der Stellung von Anträgen aufzuerlegen, und wird ihrerseits gerne mitarbeiten. Aber das Zentrum ist sich darüber im Klaren, daß es in diesem Notprogramm doch um sehr einschneidende Maßnahmen und Beschlüsse geht, und daß von den Parteien nicht eine Zustimmung mit geschlossenen Augen erwartet werden darf. Bedeutend ist aus der Erklärung des Herrn von Guérard vor allem der Satz, der von neuem den Zusammenbruch der bisherigen Koalition unterstreicht.

Es ist zu hoffen, daß das Notprogramm doch noch verabschiedet wird. Aber allem Anschein nach wird das Zentrum kaum dazu bereit sein, mit den bisherigen Koalitionsparteien Vorlagen und Bestimmungen durchzubrüden, die von der Opposition mit aller Leidenschaft bekämpft werden, von einer Opposition, die wahrscheinlich im kommenden Wahlkampf so starke Erfolge erringen wird, daß ganz neue Koalitionsmöglichkeiten auftauchen dürften.

Politische Neuigkeiten

Fürst Lichnowsky †

Der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, ist Montag morgen auf seiner Besitzung Cuchelna im tschechisch-geborenen Hultschiner Landchen an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Er stand kurz vor Vollendung des 88. Lebensjahres. Er stammte aus altem schlesisch-böhmischem Adel; die der Familie gehörigen ausgedehnten Fideikommissbesitzungen liegen heute auf tschechischem Gebiet. In seiner Jugend war Lichnowsky Offizier und Regimentskamerad Wilhelms II. Im Herbst 1912 wurde er als Nachfolger Marschalls zum Botschafter in London ernannt. Lichnowsky war durch seine Erfahrungen ein sehr verbitterter Mann geworden. Im Kriege schrieb er eine Denkschrift mit schärfster Kritik an der Berliner Politik. Diese Denkschrift wurde gegen seinen Willen bekannt gemacht und von den Feinden überall verbreitet. Aus seinen Briefen geht hervor, daß er für den Fall eines deutsch-französischen Krieges den Kampf Englands gegen uns ganz richtig angeordnet hätte. Er rechnete sich schließlich zu den Liberalen. Seine Gattin, Fürstin Mechthild Lichnowsky, geb. Gräfin v. Arco, ist als Schriftstellerin bekannt. Den Fürstentitel und die Majorate erbt der älteste Sohn, Prinz Wilhelm Dionysios Lichnowsky.

Weiterer leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit

In der Arbeitslosenversicherung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Januar bis 15. Februar wiederum leicht zurückgegangen (von rund 1.833.000 auf 1.291.000). Die Abnahme betrug somit rund 42.000 oder 3,2 v. H. Der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf die männlichen Arbeitslosen.

In der Krisenfürsorge hat sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger fast auf dem gleichen Stande gehalten (rund 215.500 am 15. Februar gegenüber 214.800 am 31. Januar). Die geringe Zunahme von rund 700 Personen kann als unerheblich angesehen werden. Während die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger um etwa 1800 oder 1 v. H. zugenommen hat, ist die der weiblichen um etwa 1100 oder um 3,2 v. H. gesunken.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in den letzten 14 Tagen um 23,0 v. H. zugenommen und beträgt jetzt insgesamt 58.200. Davon entfallen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstellt worden sind, rund 43.600, auf Personen, die in der Krisenfürsorge unterstellt worden sind, rund 14.600.

Eine Cavell-Debatte im Unterhaus

Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain auf eine Anfrage eines Parlamentsmitgliedes zum Cavell-Film u. a., er sei der Ansicht, daß die Schilderung der Hinrichtung vollkommen unecht sei und glaube, daß es ein Verbrechen an dem Gedächtnis einer edlen Frau sei, eine so heldenhafte Geschichte für Zwecke kommerzieller Art zu verwenden. Abg. Morris fragte Chamberlain, ob seine Aufmerksamkeit auf die Aufführung eines Films mit dem Titel „Der Weltkrieg“ durch deutsche Lichtspieltheater gelenkt worden wäre, ob er wüßte, daß in diesem Film Ereignisse und Zwischenfälle wiedergegeben wären, die den deutschen Haß gegen Großbritannien und seine Alliierten verewigen könnten, und ob er sich mit der deutschen Regierung zum Zwecke der Zurückziehung dieses Films in Verbindung setzen würde. Chamberlain antwortete, das einzige, das er von diesem Film wisse, sei, daß die Rheinlandkommission ihn im besetzten Gebiet verboten habe.

„Evening Standard“ veröffentlicht ein Schreiben des Juristen Maniff, der 1918 bis 1919 Mitglied des Untersuchungs-ausschusses für die deutschen Kriegsverbrechen war, in dem er berichtet, daß gegen Ende des Jahres 1919 ein Untersuchungs-erkenntnis ernennt wurde, um den Cavell-Prozess und die Hinrichtung der Pflegerin Cavell zu prüfen. Dieser Untersuchungs-erkenntnis kam zu dem Schluß, daß das Gericht berechtigt war, die Pflegerin Cavell abzurufen, daß diese das Verbrechen, dessen sie beschuldigt wurde, begangen hatte, und daß das Gericht nach deutschem Gesetz die Befugnis hatte, sie zum Tode zu verurteilen. Dieser Bericht wurde vom Vollzugsausschuß entgegengenommen und angenommen.

W.D. London, 28. Febr. (Tel.) „Daily News and Westminster Gazette“ erfährt, das Kabinett werde sich morgen mit der Frage der Einsetzung eines offiziellen Filmzensors befassen. Verschiedene Minister verlangten eine solche Reform. Die Zensur über die Filme würde entweder Lord Chamberlain unterstellt werden, der sie bereits über die Theaterstücke ausübt, oder es würde ein neues Amt zu schaffen sein. Am Donnerstag werde im Unterhaus eine Erklärung darüber abgegeben werden.

England und die Abrüstungsfrage. Im englischen Außenministerium wird aufs bestimmteste dementiert, daß die britische Regierung die Absicht habe, nächstens mit Frankreich Verhandlungen einzuleiten, um zwischen den fünf großen Seemächten ein Abkommen über die Beschränkung der Seerüstungen zu erreichen.

Das Notprogramm vor dem Reichstag

W.D. Berlin, 27. Febr.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums, des Reichsanzlers und der Reichsanleihe.

Reichsanzler Dr. Brüning

teilt zunächst mit, daß die Genehmigung des Reichsanzlers Dr. Brüning erfreulich fortgeschritten. Er habe erklärt, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei.

Durch das Scheitern der Verhandlungen über das Reichs-schulgesetz wurde die Reichsregierung vor die Frage gestellt, wie die Gesamtheit der ihr obliegenden gesetzgeberischen Arbeiten nunmehr zu behandeln sei. Es bleiben andere hochwichtige Aufgaben zu lösen. Zwingende Bedürfnisse, ja vielfach bittere Not in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft erforderten unmittelbare Maßnahmen. Dazu trat gebieterisch der Gesichtspunkt, daß der Reichshaushaltsplan für 1928 zusätzlich des Nachtrages 1927 rechtzeitig verabschiedet werden muß. Bei diesen berechtigten Ansprüchen der Allgemeinheit gab es für das Reichskabinett nur einen Weg: Mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstages ein weitestgehendes Arbeitsprogramm noch durchgeführt wurde. Durch die Ereignisse, die mit dem Scheitern des Schulgesetzes im Zusammenhange stehen, ist die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Kabinetts nicht beeinträchtigt. Es ist kein geschäftsführendes Kabinett, sondern bildet nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung. (Gelächter links.) Recht und Pflicht zugleich sind die Grundlagen, auf denen der Entschluß der Reichsregierung beruht, die notwendige politische Arbeit mit aller Entschiedenheit und aller Beschleunigung zu betreiben. Mit dieser Auffassung befindet sich die Reichsregierung in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten, der wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, daß aus vaterländischen Rücksichten alles daran zu setzen sei, um neben der abschließenden Erledigung des Haushalts den augenblicklichen lebenswichtigen gesetzgeberischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Formell besteht das Arbeitsprogramm in der Hauptsache aus mehreren dem Reichsrat bereits zugeleiteten Gesetzesentwürfen, aus einer Verordnung, die von der Reichsregierung erlassen wird, aus dem Nachtrag zum Reichshaushalt 1927 und einer Ergänzungsvorlage für 1928, sowie aus Änderungen, die beim Entwurf des Kriegsschuldenabnahmengesetzes vorgenommen werden sollen. Sachlich betreffen die einzelnen Teile des Arbeitsprogramms die Kriegs- und Liquidationschuldenabnahmeregeln, eine landwirtschaftliche Disfaktion und Notmaßnahmen der Kleinrentner und Sozialrentner. Diese Teile sind entsprechend den Bedürfnissen der Beteiligten und der Gesamtleistungsfähigkeit des Reichshaushaltes miteinander sorgsam abgemessen. Durch Erweiterungen an einer Stelle darf die Tragfähigkeit des Gesamtprogramms nicht gefährdet werden. Das Arbeitsprogramm erscheint daher als ein einheitliches Ganzes, das in einem Zuge verwirklicht werden muß. Aus diesem Grunde haben die vorbereiteten Gesetzesentwürfe eine Schlussklausel erhalten, wonach der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens demnach durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden soll, ein Zeitpunkt, der bei Annahme des Reichshaushaltsplanes für 1928 zugleich mit dessen Wirksamkeit auf den ersten April 1928 festzulegen sein würde. Soweit das Arbeitsprogramm im Verordnungswege durchzuführen ist, wird durch die Wahl des Termines der Verkündung demselben Gesichtspunkte Rechnung getragen werden.

Das Kriegsschuldenabnahmengesetz hat in der von der Reichsregierung vorgelegten Form zunächst Angriffe erfahren. Einmal erschienen den Geschädigten die Säze unzulänglich, dann aber bestand in weitem Umfange der Wunsch, das Gesetz nur als eine Zwischenlösung zu betrachten. Dieser letztere Gedanke, der den Reichshaushalt nicht hätte zur Ruhe kommen lassen, konnte von der Reichsregierung nicht angenommen werden. Man ist in den Vorschlägen gefolgt, die der Reichswirtschaftsrat gemacht hat. Dies bedeutet gegenüber der Regierungsvorlage ein Entschädigungskapital von rund 300 Millionen Reichsmark mehr. Von wesentlicher Bedeutung ist von den einzelnen Änderungen insbesondere die Gewährung der vollen Entschädigung nicht nur bis zu 2000, sondern bis zu 4500 M., die Erhöhung der Entschädigungsprozente für die Mittelstandsgeschädigten, sowie die Tilgung des bisher untilgbaren Wiederaufbauzuschlages und die Gewährung eines besonderen, nach 14 Jahren zu tilgenden Wiederaufbauzuschlages für die großen Geschädigten.

In dem Ringen um den Wiederaufbau ist der deutschen Landwirtschaft bisher der Erfolg verjagt geblieben. Die Notlage wird gekennzeichnet durch ein außerordentlich starkes Anwachsen der Verschuldung, auch bei sonst gebundenen Betrieben. Die gesamte Finanzlast übersteigt infolge des überaus hohen Zinsfußes die Höhe der Vorkriegszinsslast beträchtlich. In den letzten Monaten haben sich die Merkmale der krisenhaften Zuspitzung bedeutend verschärft. Außer den Aufwendungen in bisherigen Etat, sowie den bereits vorgeschlagenen Zinsverbilligungen für Restorierungen und für die Landwirtschaft hält daher die Reichsregierung eine Reihe von weiteren Maßnahmen für notwendig. Für bedrängte landwirtschaftliche Betriebe soll, soweit sich ihre rationelle Fortführung erwarten läßt, und soweit es der Kapitalmarkt zuläßt, eine Ordnung der Schuldverhältnisse durch die Umschuldung von drückenden landwirtschaftlichen Schulden in niedriger verzinslichen Hypothekendarlehen herbeigeführt werden. Zu dem Zwecke sollen die territorialen Kreditinstitute durch eine besondere Organisation unterstützt werden, an der sich auch Reich und Länder beteiligen sollen. Um die Durchführung der Umschuldung zu beschleunigen, wird die Reichsregierung an die territorialen Kreditinstitute Ratenvorschüsse in Höhe von zunächst 100 Millionen Reichsmark gewähren und, nach Möglichkeit, darüber hinaus weitere Ratenvorschüsse flüssig machen. Um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu befähigen, den Aufgaben der Finanzierung des landwirtschaftlichen Personalkreditbedarfes und des Warenumschages gerecht zu werden, werden 25 Millionen Reichsmark im Etat 1928 angefordert. Die Landwirtschaft hat die Erzeugung von Vieh und Fleisch trotz großer Verluste mit allen Mitteln gesteigert. Dadurch ist eine starke Überlastung des Marktes eingetreten. Die Reichsregierung hält deshalb zur Organisation und Förderung des Abfahres für erforderlich, einen Betrag von 22 Millionen durch Übernahme einer Bürgschaft des Reiches im Haushaltgesetz und 8 Millionen Reichsmark im Ergänzungshaushalt 1928 anzufordern. Den Zweck dieser Maßnahmen erblickt die Reichsregierung neben einer Stabilisierung der Viehpreise auch darin, die zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bestehenden hohen Spannen zu verringern. Eine wesentliche Förderung des Abfahres von Vieh und Fleisch wird auch in der Erweiterung des Einfuhrschutzes auf die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch bestehen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist dem Reichsrat zugeleitet. Der Rentenbankkreditanstalt soll durch ein besonderes Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, die landwirtschaftliche Produktion wirksam zu finanzieren.

Die deutsche Landwirtschaft hat im vergangenen Jahre durch Viehschneiden Verluste von über einer halben Milliarde Reichsmark erlitten. Zur Verhütung ist eine gleichmäßigere Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperrern erforderlich. Das Reichsministerium des Innern hat mit den Ländern Vereinbarungen getroffen, die dies sicherstellen. Die Vieh- und Schweinebestände haben in einem solchen Maße zugenommen, daß die besonderen Einfuhrerleichterungen nicht mehr in dem bisherigen Umfange notwendig erscheinen. Daher ist jetzt eine teilweise Gerabückung des zollfreien Getreidekontingents geboten. Der dem Reichsrat vorgelegte Gesetzesentwurf bemißt das neue Kontingent auf 50.000 Tonnen. Zur Förderung der Geflügelhaltung und Organisation des Eierabfahres werden eine Million Reichsmark angefordert. Für dringende Notstände werden 30 Millionen Reichsmark gleichfalls durch den Etat 1928 zur Verfügung gestellt. Das vorgeschlagene Hilfsprogramm wird die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise nicht beseitigen, sondern nur mildern können. Das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen des Landwirtes und seinen Betriebsausgaben und Kosten ist nur durch weitere gründende Maßnahmen zu beheben.

Angesichts der Gesamtlage und der geringen noch zur Verfügung stehenden Zeit ist es ausgeschlossen, die reichsrechtliche Rentnerverlegung jetzt zu lösen. Die Reichsregierung hat jedoch dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Reichsgrundföhe vorgelegt. Nach diesem Entwurf darf die Fürsorge ihre Hilfe künftig nicht mehr vom Verbrauch oder der Verwertung kleinerer Vermögen abhängig machen. Sie darf auch den Verbrauch sonstigen Vermögens künftig nur verlangen, wenn dies keine besondere Härte bedeutet. Den über 65 Jahre alten Rentnern hat die Fürsorge wenigstens den erhöhten Mietsfuß sicherzustellen. Freiwillige Zuwendungen Dritter oder Arbeitsverdienst dürfen darauf nur mit Zustimmung des Fürsorgeausschusses oder einer anderen, von der obersten Landesbehörde bestimmten Stelle angerechnet werden. Entsprechend der Entschädigung des Reichstages sollen Kriegshinterbliebene ohne weiteres als bedürftig angesehen werden, wenn sie Zukunftsrenten erhalten. Um den Fürsorgegebänden die Verbesserung zu ermöglichen, ist im Haushalt 1928 bereits ein Betrag von 25 Millionen Reichsmark vorgesehen. Darüber hinaus aber wird ein weiterer Betrag von 25 Millionen Reichsmark einzustellen sein zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung ist ein Gebot der Stunde. Im Reichsbuchschnitt beträgt die Invalidenrente jetzt 28 bis 30 M. im Monat. Diese Renten berücksichtigen die Wertuerung der Lebensdauer noch nicht ganz. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung beträgt 40 Proz. der Erwerbungsgröße, die jetzt für Beitragszeiten vor der Inflation gewährt werden. Die Erhöhung soll ab 1. Juli d. J. in Kraft treten. Da den Versicherern und den Arbeitgebern zur Zeit ein neuer Beitrag nicht zugemutet werden kann, wird der Mehrbedarf von jährlich 100 Millionen Reichsmark durch einen jährlichen, mit der Zeit abnehmenden Reichsbeitrag gedeckt werden müssen. Für 1928 handelt es sich infolge des Inkrafttretens am 1. Juli 1928 um 50 Millionen Reichsmark. Für die Angestelltenversicherung wird eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen. Für die Redung reiden aber die vorhandenen Versicherungsmittel aus. Zur Verbesserung der Bezüge aus den sogenannten Wertpapiervorsparungen soll das Reich drei Millionen Reichsmark bereitstellen, wobei von der Vorauszahlung ausgegangen wird, daß die Werte und die beteiligten Städte das ihrige nach Kräften beitragen.

Zu dem Arbeitsprogramm, dessen Erledigung die Reichsregierung unbedingt für erforderlich hält, gehört auch die Verabschiedung des dem Hause bereits vorliegenden Haushaltsplanes für 1928 und des Nachtrages für 1927, der die Auswirkungen der Beschlüsse der Reichsregierung, die Liquidationsgeschädigten, das Ostpreußenprogramm, Leistungen für besonders bedrängte westliche und östliche Gebiete und eine Reihe anderer unabwiesbarer Nachtragsbewilligungen enthalten wird.

Im übrigen werden die Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der sozialen Fürsorge noch Ergänzungen in dem Haushaltsplan erforderlich machen. Es erscheint möglich, die hierfür notwendigen Beträge auszugleichen, einmal durch gewisse Einsparungen bei den Ausgabenposten des bereits vorliegenden Etats und durch eine Erhöhung des Ansatzes für die Zölle. Einsparungsvorschläge werden im Verlaufe der Staatsberatungen gemacht werden.

Nach der mit Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgten Kundgebung der Reichsregierung vom 18. Februar 1928 soll sich der parlamentarischen Erledigung des Arbeitsprogramms die Auflösung des Reichstages anschließen, und zwar sollen in jedem Falle die Wahlen in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfinden können. Die Reichsregierung wird alles dazu tun, um trotz der Schwierigkeiten ihr Arbeitsprogramm zum Wohle des Volksganzen durchzuführen.

Die Regierungserklärung wird nun

zur allgemeinen Aussprache

gestellt. Damit verbunden wird die Aussprache über den kommunalistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Abg. Stämpfer (Soz.) streift kurz die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Italien. Wir leben mit unseren deutschen Brüdern außerhalb der Landesgrenzen in kultureller und seelischer Gemeinschaft. Was dem einen Teil dieser Gemeinschaft angetan wird, fällt der andere mit. (Beifall.) Die Regierung sollte an ihr bevorstehendes Ende denken und es nicht als ihre Aufgabe betrachten, die Zukunft der deutschen Augen- und Innenpolitik mit deutschen nationalen Hypothesen zu belasten. Wir bleiben in Opposition zu dieser Regierung, bis sie verschwindet. Wir warnen die Regierung, Teile ihres Programms auf dem Verordnungswege durchzuführen zu wollen. Die Zusammenfassung des Notprogramms zu einem Mantelgesetz ist unzulässig. Will man es etwa wagen, zu erklären: Wenn das Agrarprogramm nicht nach den Wünschen des Landbundes ausfällt, dann sollen die armen Sozialrentner nicht die 3,30 M. im Monat mehr bekommen, die sie sonst kriegen würden? Auf einmal ist Geld in Höhe und Fülle da. Welche Teile des Notprogramms sind für uns unannehmbar, vor allem die geplante Gerabückung des zollfreien Getreidekontingents. Ganz ungenügend sind die Regierungserklärungen über die Fürsorge für Klein- und Sozialrentner. Würden die Kommunisten nur ein Rehnkel von dem sagen, was wir jetzt aus deutschen nationalen Landeshandlungen hören, der Staatsgerichtshof würde sofort Nachsichten einlegen.

Abg. Graf Westarp (Deutschn.) bedauert das Scheitern des Schulgesetzes. Die Erledigung des Notprogramms sei durchaus möglich, wenn die bisherigen Regierungsparteien über alle parteipolitischen und wahlpolitischen Rücksichten hinweg an ihrem Entschlusse festhalten. An der Forderung eines Kleinrentnergesetzes halte die Partei nach wie vor fest. Entscheidenden Wert lege die Fraktion den agrarpolitischen Vorschlägen des Arbeitsprogramms bei. Bezüglich der Entlastung der Landwirtschaft von öffentlichen Aufgaben enthalte das Arbeitsprogramm nur wenige dringende Hilfsmaßnahmen. Notwendig sei vor allem die Abhebung der Mißstände, die sich auf dem Lande aus der Arbeitslosenversicherung er-

geben haben. Der Schutz der Landwirtschaft vor vernichtender Konkurrenz des Auslandes müsse nach wie vor im Vordergrund aller Maßnahmen stehen. Die jetzige Regierung dürfe auf handelspolitischem Gebiete keine Bindungen mit neuen Opfern der Landwirtschaft nicht eingehen. Das gelte besonders wegen der Verhandlungen mit Polen.

Abg. v. Guérard (Zentr.): Es ist richtig, daß die Reichsregierung dem Wortlaut nach keine geschäftsführende ist, wohl aber der Sache nach insoweit, als sieben Parteien sich dahin geeinigt haben, daß nur noch eine Reihe gebräugter Geschäfte zu erledigen sind. Nach den beiden Reden, die wir jetzt gehört haben, ist bei meinen Freunden die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gewachsen (Hört! Hört!). Es ist eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Befähigung mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstages Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll. Die Reichsregierung will noch einen Personaletat als Ergänzungsvorlage einbringen. Ich kenne den Inhalt nicht, muß aber jetzt schon betonen, daß meine Fraktion jeder Beamtenvermehrung und jeder Höherstellung von Beamten ablehnend gegenübersteht. Hilfe für die Landwirtschaft ist dringend notwendig. Wir werden das Hilfsprogramm im Anschluß beraten, müssen aber verlangen, daß die Hilfe gleichmäßig über alle Landesteile verteilt wird und daß auch die notleidenden Bauern im Westen und Süden gebührend berücksichtigt werden.

Abg. Dittmann (Soz.) richtet in einer Geschäftsordnungsbermerkung an den Reichstagspräsidenten die Frage, welche Teile des Arbeitsprogramms die Regierung auf dem Verordnungswege erledigen wolle.

Reichstagspräsident Dr. Siegel antwortet: Der Verordnungswege komme nur in Frage bei der Anberung der Reichsgrundstücke für die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge.

Abg. Dr. Scholz (D. Rp.): Mit dem sozialdemokratischen Redner muß auch ich mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügt, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million übrig hatte, für die dringenden Aufgaben. Die Deutsche Volkspartei wird sachlich mitarbeiten, aber sie muß die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen. Die sachliche Erledigung dieses Programms ist eine Pflicht des Parlamentes gegenüber dem Volksganzen. Der Redner erkennt die lokale Geltung der Oppositionsparteien an, die hier gleichfalls eine Vaterländische Pflicht zu erfüllen hätten. In dem Rechtsanspruch für die Kleinrentner halte die Partei fest. In einer blühenden Landwirtschaft habe die gesamte Wirtschaft und auch die Konsumwirtschaft ein Interesse.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.), lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung ständen. Die bisherigen Regierungsparteien hätten nach wie vor die Verantwortung zu tragen. Nicht der Parlamentarismus, sondern die gegenwärtige Regierungskoalition habe Bankrott gemacht. Das Notprogramm sei eine Abarbeitung auf allen Gebieten. Nur ein Meinrentnergesetz könne die Rechtsansprüche dieser Schicht erfüllen. Die Regelung für die Liquidationsgeschädigten könne man nicht als endgültig ansehen. Die endgültige Regelung müsse geschicklich vorgehen werden, wobei der Zeitpunkt vorbehalten bleiben kann. Das Notprogramm erfordere insgesamt sofort 235 Millionen. Es sei sehr merkwürdig, daß dieses Geld plötzlich vorhanden sei. Die Regierung müsse klipp und klar erklären, wie sie diese Ausgaben decken wolle. Der vorbehaltene Teil der Pölle sei dazu bestimmt gewesen, im Wege der Handelsverträge die Industriezölle zu senken. Der Redner fragt, ob man etwa diesen Weg jetzt verlassen wolle. Er betont die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, an der Verabschiedung von Etat und Notprogramm mitzuarbeiten. Wenn die Regierungsparteien aber glauben, die unter sich ausgehandelten Gaben von der Opposition funktionieren lassen zu können, und diese zu zwingen, alles zu schlucken, so sei dieses Mandat zu kurzfristig, als daß es der deutsche Wähler nicht verstehen werde.

Abg. Schneller (Komm.) fordert die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrages und die sofortige Auflösung des Reichstages.

Abg. Dreiwitz (Wirtsch. Ber.) erklärt, seine Freunde seien bereit, die Erledigung des Etats und des Nachtragsetats wirksam zu fördern. Da die Einzelheiten des Programms noch nicht bekannt seien, müsse sich die Wirtschaftliche Vereinigung ihre Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen vorbehalten.

Abg. Lecht (Wahr. Rp.) begrüßt es, daß die allgemeine Aussprache noch heute beendet werden solle. Das sei der erste Beweis eines gesteigerten Arbeitswillens des Reichstages. Für die Kleinrentner müsse baldigst die Fürsorge durch eine Verjüngung ersetzt werden, die einen Rechtsanspruch schafft. Die für die Landwirtschaft vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen dürften nur eine Etappe auf dem Wege zu einer Dauerhilfe sein.

Abg. Dr. West (Volkrechtspartei) bezeichnet die Hilfsmaßnahmen für die Kleinrentner und das Gesetz für die Liquidationsgeschädigten als ganz unzureichend.

Abg. Weidenhäger (Wirt.) bezeugt, daß durch das Notprogramm der Regierung die verschuldete Landwirtschaft saniert werden könne.

Abg. Böhrich (Natl. Nationale Bauernpartei), hält die angeführten Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft für unzureichend, ebenso Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichstagsverwaltung in München gegen die Linke und die bürgerlichen Gruppen abgelehnt. Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt. Die Streichung des Gehaltes des Reichstagspräsidenten wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Ausschlußbeschluss, die Vertretung der Reichsregierung in München als künftig wegfallend zu bezeichnen, wird ohne besondere Abstimmung bestätigt.

Am 19. Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter und der Landwirtschaftsetat.

Reichswirtschaftsminister und Eisenindustrie. Nachdem der Reichswirtschaftsminister am 27. Januar gegen die Verbände der Eisenindustrie eine ständige Anordnung auf Grund des § 4 Absatz 3 der Kartellverordnung getroffen hatte, wonach die Erzeugerartikelle alle Beschlüsse, Vereinbarungen und Verfügungen betreffend Preisregulierung dem Reichswirtschaftsministerium vor dem Inkrafttreten einzureichen hatten, haben zwischen ihm und der Großeisenindustrie Verhandlungen stattgefunden, die zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Der Reichswirtschaftsminister wird deshalb die Anordnung nunmehr wieder aufheben.

Landbündel in Danzig. Am Samstag wurde in Danzig der große Landbündel abgehalten, an dem weit über 2500 Landwirte und Landarbeiter aus dem Danziger Freistaat teilnahmen. Im Laufe der Versammlung gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der darauf hingewiesen wird, daß der Verfall der Danziger Landwirtschaft zum Erliegen gebracht habe. Vor allem wird die Wiederbelebung Danzigs mit dem Deutschen Reich gefordert.

Verlagung der Endabstimmung über die Freigabebill

Der amerikanische Senat verlagte am Montag wegen Abwesenheit des Senators King (Mitt.), der bei früheren Beratungen der Freigabebill gegen einige Bestimmungen opponiert hatte, die Endabstimmung über das am Freitag zwischen den Delegierten beider Häuser erzielte Kompromiß auf heute, Dienstag.

Das Oberste Bundesgericht verlagte die Verhandlung der Prozesse, die deutsche Schiffsahrtsgesellschaften wegen der Beschlagnahme von Schiffen und Tods während des Krieges angeklagt hatten, auf den 30. April, um das Inkrafttreten der Freigabebill, die die meisten dieser Prozesse erledigen würde, abzuwarten.

Dienstkleidung für weibliche Postbeamte. Gegenüber unlaufenden Pressenachrichten über die Einführung einer neuen Uniform für die weiblichen Postbeamtinnen teilt das Reichspostministerium mit, daß es sich nicht etwa um die Einführung einer Dienstuniform handelt, sondern um die Zusammenfassung der bestehenden Bestimmungen über die Dienstschürzen, die vom weiblichen Postpersonal schon seit Jahren als Schutzkleidung getragen werden. Das hierbei vorgesehene Ausmaß der Dienstschürzen ist durch die Notwendigkeit bedingt, daß diese, namentlich für das Personal des technischen Dienstes, ein Schutz der eigentlichen Kleidung sein sollen. Die Maßnahme wurde nach Rücksprache mit der Vertretung des weiblichen Personals getroffen.

Brandsreise nach Genf. Der französische Ministerpräsident Briand wird Paris am Sonntag vormittag verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Er wird vom Generalsekretär im Ministerium des Innern, Berthelot, begleitet sein, der zum erstenmal an den Arbeiten des Völkerverbundes teilnehmen wird.

Vor der Ernennung Sir Horace Rumbolds. Wie das „B.T.“ aus London meldet, ist das Abgesehen der deutschen Regierung für Sir Horace Rumbold, um das die englische Regierung in Berlin nachgesucht hatte, bereits beim Londoner Auswärtigen Amt eingegangen. Die offizielle Ernennung Sir Horace Rumbolds zum Botschafter Großbritanniens in Berlin steht unmittelbar bevor.

Badischer Teil Todestag des Reichspräsidenten Ebert

Aus Anlaß des Todestages des Reichspräsidenten Ebert hat heute Dienstag vormittag im Auftrage der badischen Staatsregierung der Landrat von Heidelberg am dortigen Grab eine Kranzniederlegung durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes Baden, Stamer.

Dr. Heidelberg, 28. Febr. Am heutigen dritten Todestag Friedrich Eberts war das Grab des ehemaligen Reichspräsidenten auf dem Heidelberger Bergfriedhof schön geschmückt worden. Es wurden im Laufe des Vormittags zahlreiche Kränze niedergelegt, u. a. im Auftrage des Reichstagspräsidenten, der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung, der badischen Staatsregierung und der heffischen Regierung; außerdem für die Stadt Heidelberg, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und andere. Auch Blumen der Familie Ebert wurden niedergelegt. Einer der Söhne Friedrich Eberts wollte im Laufe des Vormittags am Grab.

Generalversammlung des Badischen Winzerverbandes

In Widenlosh fand die diesjährige Generalversammlung des Badischen Winzerverbandes statt, die sehr stark besucht war. Der Vorsitzende, Freiherr von Gleichenstein, begrüßte die Erschienenen, vor allem die Redner des Tages, Reichstagsabgeordneten Dieß, die Vertreter der Badischen Landwirtschaftskammer, die Bürgermeister verschiedener Orte und Gemeinden und andere. Er wies auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft hin, die auch für den Weinbau zutraf und der nur durch einen festen Zusammenschluß gesteigert werden könne. Der Geschäftsführer des Verbandes, Freiherr von Gölter, betonte, daß die Förderung des Weinbaues die vornehmste Aufgabe des Verbandes sein müsse. Die Weinernte Badens im Vorjahre stehe unter dem Reichsbuchschneit. Für den Absatz der badischen Weine müsse die nötige Bekanntschaft gemacht werden. Reichstagsabgeordneter Dieß erwähnte in seiner Rede unter anderem, das kommende Branntweinmonopolgesetz, das auch für den Winzer von großer Bedeutung sei wegen Verwendung der anfallenden Stoffe. Sicher sei, daß das Gesetz durch diesen Reichstag seinerlei Veränderung erfahren werde. Der neue Entwurf werde erst im neuen Reichstag eingehend beraten werden. Das Unglück der Landwirtschaft sei vor allem die Desorganisation. Die Landwirtschaft müsse sich in Genossenschaften zusammenschließen, um geschlossen dem praktischen Leben gegenüberzutreten. In der Diskussion wurden auch die Mißstände gerügt, die sich bei der Zusammenlegung von Weinbergen ergeben. Landwirtschaftsrat Haber sprach über die Lage der Brenner- und die große Bedeutung der Gesetzgebung, wobei Reichstagsabgeordneter Dieß noch hervorhob, daß von allen Brennerbergehern der Hauptanteil auf Schmuggler und Schieber entfalle.

Aus den Parteien

In einer in Wülheim abgehaltenen Landbündelversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Zoller sprach, gab auf Anfrage der Direktor des Landbundes, Müller, die Auskunft, daß es nicht mehr nötig erscheine, daß der Landbund zu den nächsten Wahlen mit eigenen Kandidaten auftrete, da zwei neue politische Bauernparteien in Erscheinung getreten seien. Wenn es geht, werde der Landbund keine politische Partei mehr sein, sondern nur noch wirtschaftspolitische Belange fördern wollen.

Tagungen

Der Landesverband Badischer Geflügelzüchtervereine, Eich Karlsruhe, hält am Sonntag, den 11. März, vormittags im Gasthaus zum „Bach“ am Marktplatz in Forstheim seine Verbandsgeneralversammlung ab. Samstagabend geht eine Vertreterversammlung im „Rheingold“ voraus.

Die Badische Beamtenkassenkasse für Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte veranstaltet am Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, im Hause des Badischen Beamtenbundes in Karlsruhe eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Generalversammlung des Badischen Winzerverbandes

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Stadtoberbaurat Ludwig Kollstrath ist im Alter von 46 Jahren in Freiburg, wo er Besetzung von einem Leiden suchte, gestorben. Der Verstorbene stand annähernd 20 Jahre in Diensten der Stadt Karlsruhe.

Zur Feuerbestattung. Die Zahl der Krematorien in Deutschland ist auf 81 gestiegen und die darin stattgefundenen Feuerbestattungen haben sich auf rund 78 000 belaufen. Die Anzahl der im hiesigen Krematorium ausgeführten Feuerbestattungen betrug 199 gegen 195 im Vorjahre. Dem kirchlichen Bekenntnis nach waren 160 evangelisch, 7 katholisch, 2 israelitisch und 9 Dissidenten.

Die badischen Lichtspiele im Konzerthaus bringen als Sonderveranstaltung den Großfilm „Der Rosenkavalier“ zur Vorführung. Unter Mitwirkung des Dichters Hugo von Hofmannsthal und des Komponisten Richard Strauß ist deren weithinbekanntes Bühnenwerk gleichen Namens für den Film bearbeitet worden. Die Filmhandlung ist natürlich weit ausgedehnter als die der Oper. In einer Fülle von abwechslungsreichen Bildern, aber mit prachtvollen Aufnahmen, werden Sinn und Handlung verbildlicht, manche große Szene des Bühnenwerkes finden wir im Film wieder. Durch die ausgezeichnete Darstellung und die prachtvolle Ausstattung erhält das Bühnenwerk seine besondere Note und Anziehungskraft. Der Film führt uns nach dem alten Wien im 17. Jahrhundert, in die großen Paläste der Aristokratie. Ganz hervorragend ist die Aufmachung des Maskenfestes filmtechnisch ausgearbeitet. Die besonders für den Film zusammengestellte Musik, teils Bruchstücke aus der Oper, begleitet die Bildaufnahmen. — Reges Interesse erweckt immer die Opernschau, die mit recht interessanten Aufnahmen aufwartet. Besonders zu erwähnen ist der überaus starke Besuch. Die Reklame — Ausgabe von Postkarten für den Rosenkavalierfilm — war nicht umsonst. Wenn auch ein Vergleich mit der Oper nicht gemacht werden kann, so ist doch ein Besuch dieser Veranstaltung sehr zu empfehlen.

Notlandung eines Flugzeuges. Ein Flugzeug der Verkehrsfliegerschule Schleißheim bei München verlor gestern bei einem Überflug nach Wöblingen infolge starken Nebels die Orientierung und mußte wegen Benzinmangels um 9 Uhr auf dem Wiesengelände Gewann „Untere Hub“ in Durlach notlanden. Gegen 2 Uhr startete das Flugzeug nach dem Karlsruhe Flugplatz, wo es Benzin aufnahm und dann den Flug nach Wöblingen fortsetzte.

Badisches Landestheater. Als nächste Eröffnung dieser Spielzeit geht am Samstag, dem 3. März, Franz Molnais Vorstadtlegende „Liliom“ in Szene. Mit diesem Werk gelang dem überaus theaterkundigen und geschickten Verfasser zahlreicher wirkungsvoller Unterhaltungsskizzen („Spiel im Schloß“ gehört dazu) nach dem übereinstimmenden Urteil namhafter Kritiker (wie Kerr, Polgar u. a.) ein geradezu genialer Wurf von hoher dichterischer Bedeutung. — Dem ersten Ensemblemitglied des Wiener Burgtheaters am Mittwoch, dem 29. Februar, mit Franz Grillparzers Tragödie „Sappho“ (Gedwig Bleibtreu) folgt als zweiter und letzter Gastspielabend am Freitag, dem 2. März, die hiesige Eröffnung der Komödie „Die Kaffette“ von Karl Sternheim. Das Stück gehört, wie auch die hier vor vier Jahren zum ersten Male gegebene Komödie „Bürger Schappel“ desselben Verfassers, dessen dramatischen Juklus „Aus dem bürgerlichen Heidenleben“ an. — Donnerstag, den 1. März, zum ersten Male neuinstudiert Vorhings familiäre Oper in drei Akten „Der Waffenschmied“ unter der maßgebenden Leitung von Joseph Keilberth und unter der szenischen Leitung von Robert Lebert. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Schneider, Weiner, die Herren Lauffötter, Leber, Vogel, Weyrauch und J. Gröbinger. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das europäische Hochdruckgebiet ist vor dem großen, seit mehreren Tagen über dem Ozean liegenden Tiefdrucksystem etwas nach Osten zurückgewichen, so daß Nordströmungen heute über Südrheinland Einfluß gewonnen haben. So lange noch der hohe Druck im Norden Osten liegt, müssen wir erfahrungsgemäß mit Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung rechnen. Voraussage für 29. Februar: Im wesentlichen Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung, stellenweise noch leichter Nachfröst.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 27. Febr. Nach langem, schweren Leiden starb hier in der Nacht zum Sonntag im Alter von 42 Jahren Professor Kurt Sturm, der vor drei Jahren als Religionslehrer an die Handelsschule II Mannheim versetzt wurde. Er stammt aus einer Karlsruher Lehrerfamilie, studierte Theologie und war bei seinem Abtritt in den Schuldienst Pfarrer in Jegenheim bei Lahr.

Dr. Mannheim, 27. Febr. Die Ende voriger Woche geführten Verhandlungen über die Neuordnung des Lohnnarrats in Mannheimer Gewerbe haben zu einem beide Teile befriedigenden vorläufigen Abschluß geführt. Die neuen Abmachungen sollen mit dem 1. März in Kraft treten und können erstmals mit vierwöchentlicher Frist auf den 30. Dezember gekündigt werden. Mit der Annahme des neuen Tarifabkommens am Samstag gelten die ausgesprochenen Kündigungsgesetze als zurückgenommen.

Dr. Lauda, 28. Febr. Der Weinbauverein für den Lauter- und Schöpsberg hielt hier eine von 500 Winzern besuchte Versammlung ab, der auch Landrat Wesenbeck beizuhohnte. Direktor Dr. Müller vom Weinbauinstitut Freiburg hielt einen Lichtbildvortrag über den Weinbau und die Reifkrankheiten. Dann kamen die Winzerkredite zur Sprache. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche im Hinblick auf die Fehlschritte und die große Notlage der Winzer den Nachlaß der Winzerkredite verlangt.

Dr. Freiburg i. Br., 27. Febr. In der ehemaligen Villa Görger am Schlangenweg fand am Samstag nachmittag vor einem kleinen Kreise geladener Gäste die Grundsteinlegung der Wasserheilanstalt des Kurhauses der barmherzigen Brüder vom hl. Johannes von Gott von Trier statt. Eine kirchliche Feier ging der Grundsteinlegung voraus. Der Neubau ließ erkennen, daß die Anstalt mit allen neuzeitlichen Einrichtungen für Heilungen versehen wird. Zunächst soll der Bau Raum für 100 Bungalowen bieten, spätere aber erweitert werden. Man hofft, den eigentlichen Kurbetrieb bis zum Späthjahr eröffnen zu können; es können jedoch schon jetzt Erholungsbedürftige Aufnahme finden.

Hd. Todtnau, 27. Febr. Die Todtnauer Textilindustrie kann in diesem Jahre auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1828 richtete Johann Michel Thomas in Todtnau eine Baumwollspinnerei mit 910 Spindeln, und zwar als erste im ganzen Riesental ein. Die heutige Nachfolgerin, die Spinnerei und Weberei Todtnau, beschäftigt mit 12 000 Spindeln 250 Arbeiter.

W.F. Ludwigshafen, 28. Febr. Am Montag entstand in den frühen Abendstunden in den Lagerräumen der Filiale der Möbelfirma **Kandz Schue, Mannheim**, in Ludwigshafen im Hintergebäude aus bisher unbekannter Ursache ein Brand, der an den dort lagernden Möbelvorräten reiche Nahrung fand. Innerhalb kurzer Zeit war das ganze Hintergebäude samt den Möbelvorräten ein Opfer der Flammen geworden. Die Flammen griffen auch auf einen seitlichen Anbau über, von dem die oberen Stockwerke zum Teil ausbrannten. Nach vorläufiger Schätzung dürfte sich der Schaden auf ungefähr 120 000 RM belaufen.

D.3. Frankfurt, 28. Febr. Der erste Verhandlungstag im **Wagner-Prozess** gehörte dem Hauptangeklagten. Der Entwicklungsgang Wagners und die sichere Verteidigungsart kennzeichnen ihn als einen zielbewussten und über die Tragweite seiner Handlungen klarsehenen Geschäftsmann. Wagner sucht sich von dem Vorwurf der betrügerischen Schwarzrechnungen, der betrügerischen Absicht bei der erfolgten Lieferung von Abfallblechen statt hochwertiger Ware und der betrügerischen Absicht beim Einbau von zahlreichen Wintereisen und Blechabfällen in die nach Gewicht hochbezahlten Klappen zu befreien, wobei ihm aber Widersprüche mit früheren Angaben nachgewiesen werden. Als 1923 durch Maßnahmen der Befugung Lohnsicherungen für die Arbeiter eingeführt wurden, hat Wagner dem Arbeitgeberverband Lohnsicherungsanträge eingereicht mit Ersten, die auch Namen von Arbeitern trug, die gar nicht mitbeschäftigt waren, sich selbst als Facharbeiter mit angeführt und bezahlen lassen, ebenso die Bürogehilfin **Wette Horn**. Nach 6 Uhr endete der erste Verhandlungstag.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisenkotierungen

	28. Febr.		27. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.31	168.65	168.33	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.12	112.34
Italien . . . 100 L.	22.16	22.20	22.16	22.20
London . . . 1 Pf.	20.41	20.45	20.41	20.45
New York . . . 1 D.	4.1825	4.1905	4.1840	4.1920
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	80.535	80.695	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.95	59.09	58.95	59.09
Prag . . . 100 Kr.	12.397	12.417	12.399	12.419

Der Privatdiskont wurde am Montag um $\frac{1}{4}$ % auf $\frac{6}{8}$ % für beide Seiten erhöht.

Rheinische Hypothekbank in Mannheim. In der Aufsichtsratsversammlung am 27. Februar wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf die Vorzugsaktien und von 9 Proz. auf die Stammaktien vorzuschlagen.

Verschiedenes

Schwere Einbruchkatastrophe in Brasilien

W.F. Rio de Janeiro, 27. Febr. (Tel.) Nach hier eingetroffenen Meldungen führte in Curitiba ein Lichtspieltheater während der Vorstellung ein. Zahlreiche Personen wurden getötet, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Bereits zehn Leichen sind geborgen.

Fund vermischter historischer Akten

Fr. Berlin, 28. Febr. (Tel.) Die Berliner Kriminalpolizei entdeckte nach einer Meldung des „Berl. Volants“ bei einem Reichsministerialbeamten einen ganzen **Altenband** wertvoller historischer Dokumente, der sich in Gewahrsam des betreffenden Reichsministeriums befunden hatte und seit längerer Zeit vermisst wurde. Die Dokumente beziehen sich auf das Jubalidenhaus in der Schanhorststraße und enthalten außer handschriftlichen Verfügungen und Briefen frühere freiherrliche königliche Instruktionen Friedriech des Großen an den I. Kommandeur des Jubalidenhauses. Ein Band soll nach einem der Kriminalpolizei mitgeteilten Bericht für den Kaufpreis von angeblich 1000 Dollar einem Amerikaner angeboten worden sein. Die Untersuchung ist im Gange. Die Dokumente wurden in dem Amtszimmer des Amtszimmers eines Bürobeamten wiedergefunden. Der Beamte behauptet, daß er die Dokumente von einem Kollegen erhalten habe mit dem Bemerkung, er möge sie einmal durchsehen. In diesem Zwecke habe er sie mit nach Hause genommen und dann in das Ministerium zurückgebracht. Der Bürobeamte ist nach dem Ergebnis der bisherigen Feststellungen auf freiem Fuße belassen worden.

Ein Dorf in Flammen

M.D. Magdeburg, 28. Febr. (Tel.) Nach einer Meldung des „Magdeburger Generalanzeigers“ aus Lützen (Altmark) wurde gestern das Dorf **Gacharia** ein Raub der Flammen. Innerhalb kurzer Zeit brannten sieben Gehöfte mit 13 Gebäuden vollständig nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Es wird Brandstiftung vermutet.

35 Todesopfer bei einem italienischen Kinobrand

W.F. Rom, 28. Febr. (Tel.) Bei einem Brande in einem Kino in **Moriago** bei Treviso sind 35 Personen ums Leben gekommen und etwa 20 haben Verletzungen davongetragen.

Godesanzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Else Nüble

geb. Stahl

heute früh nach kurzem Krankenlager im Alter von 40 Jahren sanft entschlafen ist.

Säckingen, den 26. Februar 1928.

Karl Nüble, Forstrat.
Irmgard Nüble.
Hanna Nüble.

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

Bekanntmachung nach Art. 60 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz.

I. Nettobestand der Pfandbriefteilnehmungsliste am 31. Dezember 1927.
(Nach Abzug des Verwaltungskostenbeitrags und unter Berücksichtigung der auf 1. Januar 1927 vorgenommenen Teilausschüttung in Höhe von 10 % des Goldmarkbetrags der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe.)

A. Aktiva.		
1. Festgestellte Beträge:		
a) Hypotheken		GM. 38 454 593,60
(darunter mit Nachrang GM. 6 513 640,10)		
b) Anlagen aus Rückzahlungen und Zinsen		GM. 12 843 522,95
c) Zinsrückstände		GM. 328 648,62
		GM. 51 626 765,26
2. Noch nicht festgestellte Beträge:		
a) Hypotheken:		
1. Bestehende Hypotheken	GM.	606 741,70
2. Rückwirkungs-Hypotheken und Anteil der Masse an Vorbehalts-Hypotheken	GM.	4 663 021,48
b) Forderungen ungesichert infolge Verlustes der hypothekenschen Sicherheit	GM.	5 269 763,18
	GM.	2 400 658,37
		GM. 7 670 421,55
		GM. 59 297 186,81
B. Passiva:		
Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe		GM. 612 209 332,08

II. Nettobestand der Kommunalobligationsteilnehmungsliste am 31. Dezember 1927.

A. Aktiva.		
1. Festgestellte Beträge:		
a) Ablösungsanleihe mit Auslösungsrechten im Einlösungs-betrag von	GM.	510 926,60
b) Ablösungsanleihe ohne Auslösungsrechte im Einlösungs-betrag von	GM.	3 864,—
c) in Abzahlungsdarlehen umgewandelte Ansprüche auf Ablösungsanleihe	GM.	278 369,20
d) Aufwertungsforderungen nach dem Aufwertungsgesetz	GM.	45 804,73
e) Anlage der Teilnehmungsliste aus eingegangenen Rückzahlungen und Zinsen	GM.	119 870,27
		GM. 958 834,80
2. Noch nicht festgestellte Beträge:		
a) Ablösungsanleihe mit Auslösungsrechten im Einlösungs-betrag von	GM.	9 723,50
b) Ablösungsanleihe ohne Auslösungsrechte im Einlösungs-betrag von	GM.	1 138,50
c) Aufwertungsforderungen nach dem Aufwertungsgesetz	GM.	14 623,78
	GM.	25 134,78
		GM. 983 969,58
B. Passiva.		
Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen		GM. 20 188 846,47

Wie bei den früheren Veröffentlichungen ist auch jetzt wieder darauf hinzuweisen, daß aus den vorstehenden Zahlen Schlüsse auf die tatsächlich zur Ausschüttung gelangende Quote nicht gezogen werden können. Die mit Nachrang festgestellten Hypotheken sind zwar überwiegend als vollwertig anzusehen; bei dem Rest sowie bei dem Posten „noch nicht festgestellte Hypotheken“ sind jedoch Ausfälle zu erwarten. Der Posten „Forderungen ungesichert infolge Verlustes der hypothekenschen Sicherheit“ ist nur gering zu bewerten. Bei der Ungewißheit über zahlreiche Fragen auf dem Gebiet der Aufwertung der Kommunalobligationen gilt der Hinweis auf vorsichtige Bewertung der Zahlen in besonderer Maße für die Angaben über die Kommunalobligationsteilnehmungsliste.

Mannheim, im Februar 1928.

Rheinische Hypothekbank.

Druck G. Baum, Karlsruhe

Die Blutreinigungskur jetzt

vorzunehmen ist nicht nur ein alter Brauch, sondern es ist auch zweckmäßig. Alle Schärfen, Säuren und Blutgifte, die sich während des Winters im Körper angesammelt haben, müssen jetzt ausgetrieben werden. Wer das jedes Jahr tut, der sichert sich ein längeres Leben und bleibt von vielen größeren und kleineren Gesundheitsstörungen verschont, kräftigt seine Nerven, stärkt seine Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Chemiker Sybels Hefekur, immer bewährt und ärztlich empfohlen, bekommt Ihnen jetzt besonders gut. Verlangen Sie die kostenlose Broschüre „Ein Weg zur Gesundheit.“

Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstraße; Engel-Drogerie, Werderplatz 44; Drogerie Vetter, Zirkel 15.

Wichtig für Kraftfahrer!

Strafensperkkarte!

Kraftfahrer bestellt die in der Zeit vom 1. März bis 1. November alle 14 Tage erscheinende Karte der Strafensperren in Baden! Als Drucksache zu beziehen von der Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe gegen Voreinsendung von 7 RM für die Zeit des jährlichen Erscheinens.

M.621. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Alfred Dreier, Fahrrad- und Kraftfahrzeug-Zubehörtelle - Großvertrieb** in Offenburg ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, sowie zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf **Donnerstag, den 29. März 1928, nachmittags 4 Uhr, Zimmer 6, Offenburg, 24. Febr. 1928.** Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Rugholz-Versteigerung. Forstamt Durlach, Montag, 12. März 1928, vorm. 9.30 Uhr, Gasthaus „zur

Blume“ in Durlach aus dem Staatswaldungen Distrikt III „Mittner“ und Distrikt I „Hohberg“. Flächen I.-V. kl.: 98 fm. Buchen I.-V. kl.: 437 fm. Eichen I.-V. kl.: 0,66 fm. Fichten V. kl.: 0,36 fm. Eichen III. u. IV. kl.: 3,23 fm. Fichten, Tannen und Douglasstannen I.-VI. kl.: 92 fm. Forsten u. Lärchen: 18 fm. Losverzeichnisse durch das Forstamt. M.615

Drei Lokomotivschuppen nebst Anbauten und ein Werkstattgebäude im Personenbahnhof Heidelberg sollen in 4 Losen auf Abbruch verkauft werden. Bedingungen, Gebäudebeschreibungen und Pläne liegen bei der Hochbauabteilung der Reichsbahnverwaltung selbst Abgabe der Bedingungen und Beschreibungen

gegen 1 RM; auswärts zu züglich 30 Pf. Porto (keine Briefmarken). Angebote verschlossen, portofrei mit Aufschrift „Abbrucharbeiten Bahnhof Heidelberg“ bis **Sonntag, den 3. März 1928, vormittags 10 Uhr**, an den **Bauamt des Reichsbahn-Bauamts Heidelberg 2, Zuschlagsfrist 3 Wochen.** M.623

Güterrechtsregister.

Wahren. M.620
Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 360, Streif, Roman, Kaufmann zu Oberaden, und Anna geb. Gamm. Vertrag vom 24. Januar 1928. Gütertrennung.
Wahren, 10. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 29. Febr. 1928
Außer Miete
Erstes Gesamtgastspiel von Mitgliedern des Burgtheaters Wien
Sappho
von Grillparzer
Regie: Albert Heine

Sappho
Schaon
Eudaris
Melitta
Rhamnes
Landmann
Anfang 20
I. Rang und I. Sperrst. 6 RM

Do. 1. März: Neu einstud.: Der Waffenschmied
Fr. 2. März: Gastspiel des Burgtheaters Wien: Die Kaffete

Les' Bücher
Wissen gibt Macht!

Oeffentliche Sparkasse Reilingen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
1. Kassenbestand	RM 4 760,73	1. Spareinlagen	33 668,02
2. Darlehen gegen Hypothek	49 260,—	2. Giroeinlagen	1 054,91
3. Darlehen a. Schuldlosen	49 390,—	3. Anlehenskapitalien	63 486,86
4. Guthaben b. Girozentrale und Postsparkasse	1 008,11	4. Aufwertungsstod	3 296,78
5. Einnahmerückstände	439,93	5. Rücklagen von früheren Jahren	1 633,08
6. Gerätschaften	16,—	6. Reingewinn v. Jahr 1926	1 733,12
	104 874,77		104 874,77

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 34 722,93 RM Einlagen 2 777,84 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 3 366,20
Rest verfügbarer Überschuß 588,36 RM

Reilingen, den 25. Februar 1928.

Der Vorstehende des Verwaltungsrats:
Rimpert.

Der Geschäftsleiter:
Riob.